

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

### INHALT

- |  |  |
|--|--|
| <b>36.</b> Novelle zum Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996  | <b>38.</b> Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2017   |
| <b>37.</b> Geänderte Rechtsprechung des VfGH zu Art. 89 B-VG betreffend die Anwendung nicht gehörig kundgemachter Gesetze und Verordnungen | <b>39.</b> Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2017<br><i>Verbraucherpreisindex für Juni 2017 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

## 36.

### Novelle zum Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996

In seiner Sitzung vom 05. Juli 2017 hat der Landtag das Gesetz, mit dem das Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996 geändert wird, beschlossen.

#### **Atypisches Gemeindegut - vermögensrechtliche Auseinandersetzung**

Der Verfassungsgerichtshof hat im Herbst des vergangenen Jahres die Regelungen des Tiroler Flurverfassungslandesgesetzes betreffend die vermögensrechtliche Auseinandersetzung für die Vergangenheit bei atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaften einer Gesetzesprüfung unterzogen. Das Gesetz wurde hiebei in wesentlichen Elementen bestätigt. So sei insbesondere, so der Verfassungsgerichtshof, dem Gesetzgeber von Verfassungs wegen nicht entgegenzutreten, wenn er im Rahmen seines rechtspolitischen Gestaltungsspielraumes die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaften und Gemeinden für die Vergangenheit einer generellen Lösung zuführt, solange er dabei sachlich vorgeht. Dabei sei es dem Gesetzgeber nicht verwehrt, so der Verfassungsgerichtshof, im Rahmen des geschaffenen Gesamtsystems auf - sachlich gerechtfertigte - Stichtage abzustellen.

Legitim sei es auch, dass der Gesetzgeber im Hinblick auf vermögenswertige Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis und auf Grund des Mitgliedschaftsverhältnisses zwischen der Agrargemeinschaft, den Nutzungsberechtigten und der substanzberechtigten Gemeinde in Bezug auf die land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit bis zum Stichtag von einer pauschalen, gegenseitigen Aufrechnung ausgehe. Schließlich sei eine Frist von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, nämlich bis zum 30. Juni 2016, für die Geltendmachung der im § 86d Abs. 1 lit. a, b und c geregelten Ansprüche durch schriftlichen Antrag bei der Agrarbehörde nicht unangemessen kurz bemessen, so der Verfassungsgerichtshof.

Tatsächlich aufgehoben wurde jedoch in der Entscheidung vom Herbst des vergangenen Jahres durch den Verfassungsgerichtshof die so genannte Stichtagsregelung. Sie legt fest, ab welchem Zeitpunkt in der Vergangenheit allfällige geldwerte Ausschüttungen innerhalb von Gemeindegutsagrargemeinschaften den Gemeinden zustehen. Die aufgezeigten Unsachlichkeiten dieser Regelung erfordern im Wesentlichen eine weitere Öffnung - in zweierlei Hinsicht - zugunsten der substanzberechtigten Gemeinden:

- Zusätzlich zu den bisher zugelassenen Ansprüchen nach § 36 d lit. a und b müssen gleichartige Ansprüche aus dem Zeitraum zwischen der Zustellung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes zur Gemeindegutsagrargemeinschaft Mieders (Mieders I) beziehungsweise zur Gemeindegutsagrargemeinschaft Pflach in den Jahren 2008 bzw. 2013 und den bisherigen Stichtagen zugelassen werden.

- Im Hinblick auf Substanzerlöse, welche nicht mehr im Vermögen der Agrargemeinschaft vorhanden sind und bei denen keine Korrelation zwischen den vereinnahmten Beträgen und erbrachten Leistungen der Nutzungsberechtigten besteht, ermöglichen ergänzende Regelungen der substanzberechtigten Gemeinde die allfällige Rückforderung von Entnahmen (Ausschüttungen, Spenden) sowie von Substanzschmälerungen. Dabei soll die Möglichkeit der Geltendmachung dieser Ansprüche durch einen rund zehn Jahre vor dem Erkenntnis Mieders I liegenden Stichtag (31.12.1997) begrenzt werden.

Diese ergänzenden Regelungen treten zu den bestehenden Regelungen des § 86d hinzu.

Wie bisher erfolgt die Ermittlung auf Antrag der substanzberechtigten Gemeinde, wobei für ihre Geltendmachung wiederum eine materielle Frist von zwei Jahren ab In-Kraft-Treten dieser Novelle vorgesehen ist.

#### **Teilwaldrechte (Holz- und Streunutzungsrechte)**

Die TFLG-Novelle 2017 sieht darüber hinaus punktuelle Neufassungen bzw. Ergänzungen der Bestimmungen betreffend die Teilwaldrechte vor. Teilwaldrechte sind im Verband der agrarischen Anteilsrechte eine Besonderheit, weil sie jeweils nur mit einer Liegenschaft beziehungsweise Person verbunden sind, sodass dritte Personen von der Nutzung des territorial abgegrenzten Teilwaldes ausgeschlossen sind. Darüber hinaus sind sie nicht auf den Haus- und Gutsbedarf des Nutzungsberechtigten beschränkt.

Kommt es im Rahmen der Regulierung von Teilwäldern zu ihrer Zusammenlegung und damit zur Umwandlung der Teilwaldrechte in „herkömmliche“ Anteilsrechte an Waldgrundstücken, dann geht dieser Anspruch auf ausschließliche Nutzung einer bestimmten Waldfläche verloren.

Gleichzeitig werden die (aus den Teilwaldrechten hervorgegangenen) Anteilsrechte nach bisheriger Rechtslage auf den Haus- und Gutsbedarf beschränkt und können - wie alle Anteilsrechte am Gemeindegut - nur ausgeübt werden, wenn tatsächlich ein Bedarf besteht. Das bedeutete, dass die Umwandlung des Teilwaldrechtes für den Teilwaldberechtigten mit einer spürbaren und deutlichen Einschränkung seiner Bezugsrechte verbunden war. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass die für Teilwaldzusammenlegungen erforderliche Zustimmung von zwei Dritteln der Teilwaldberechtigten in aller Regel nicht erreicht werden konnte. Teilwaldzusammenlegungen sind daher aus diesen Gründen überwiegend gescheitert.

Ein hohes Maß an öffentlichem Interesse an der Zusammenlegung von Teilwäldern machte die Novellierung der Bestimmungen des Tiroler Flurverfassungslandesgesetzes zu den Teilwaldrechten notwendig. Anstelle der Bewirtschaftung kleinstrukturierter Teilwaldflächen nehmen die Berechtigten nach der Zusammenlegung nach einem fixierten Anteil an der Nutzung des Agrargemeinschaftswaldes teil. Diese erfolgt nachhaltig und wirtschaftlich nach einem Waldwirtschaftsplan, die Erschließung geschieht optimiert mittels Forstwegen oder einer Seilbringung und ohne dem Erfordernis der Rücksichtnahme auf die Interessen einzelner Teilwaldberechtigter. Die nachhaltige und planmäßige Bewirtschaftung nach einem Waldwirtschaftsplan sichert neben der Nutzfunktion auch die Schutzfunktion, sowie die Wohlfahrts- und Erholungsfunktion des Waldes.

Der neu gefasste Absatz 10 des § 38 trägt dem Rechnung. In Anteilsrechte am zusammengelegten Teilwald umgewandelte Teilwaldrechte stellen nunmehr ebenso wie „echte“ Teilwaldrechte nicht auf den tatsächlichen Bedarf einer Stammsitzliegenschaft ab, sondern können jährlich unabhängig vom Vorliegen eines solchen Bedarfes ausgeübt werden.

#### **Teilung von Stammsitzliegenschaften**

Schließlich sieht die Novelle des Tiroler Flurverfassungslandesgesetzes im Interesse der Erhaltung leistungsfähiger bäuerlicher Betriebe und der Landeskultur notwendige Änderungen der Regelungen

über die Teilung von Stammsitzliegenschaften vor. Die bisher geltende Regelung ermöglichte es, bei Vorliegen der weiteren Voraussetzung der Nichtüberschreitung der Hektargrenze sowie des Verbleibes des Anteilsrechtes bei der Stammsitzliegenschaft, von dieser eine Fläche von weniger als 2.000 m<sup>2</sup> ohne agrarbehördliche Bewilligung abzutrennen. Es bestand sohin bisher die Möglichkeit, auch die Hofstelle vom restlichen agrarischen Liegenschaftsbesitz ohne Bewilligung der Agrarbehörde abzutrennen.

Durch die Neufassung des § 39 Abs. 1 TFLG soll nunmehr gewährleistet werden, dass eine agrarbehördliche Bewilligung auch dann erforderlich ist, wenn eine abzuschreibende Fläche von unter 2.000 m<sup>2</sup> mit einem Gebäude, insbesondere einem land- und forstwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäude, bebaut ist.

*Mag. Simone Larcher*  
*Abteilung Agrargemeinschaften*

## 37.

### **Geänderte Rechtsprechung des VfGH zu Art. 89 B-VG betreffend die Anwendung nicht gehörig kundgemachter Gesetze und Verordnungen**

Aus gegebenem Anlass wird auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes V 4/2017-24 vom 28. Juni 2017 hingewiesen, mit dem dieser von seiner bisherigen Rechtsprechung zu Art. 89 B-VG abgegangen ist.

In seiner bisherigen Rechtsprechung ist der Verfassungsgerichtshof davon ausgegangen, dass die Gerichte nur gehörig (das heißt: gesetzmäßig) kundgemachte Gesetze und Verordnungen anzuwenden hatten, wogegen nicht gehörig kundgemachte Gesetze und Verordnungen für sie nicht anwendbar waren (und zwar ohne dass es hierzu einer Anfechtung vor dem Verfassungsgerichtshof bedurft hatte). Demgegenüber waren Verwaltungsbehörden auch an nicht gehörig (das heißt wiederum: nicht gesetzmäßig) kundgemachte Gesetze und Verordnungen gebunden, sofern nur ein als Gesetz bzw. Verordnung erkennbar kundgemachter Akt vorlag.

In seiner aus Anlass der Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz nunmehr geänderten Rechtsprechung geht der Verfassungsgerichtshof demgegenüber davon aus, dass Gerichte (ebenso wie bisher schon die Verwaltungsbehörden) auch gesetzwidrig kundgemachte Gesetze bzw. Verordnungen

anzuwenden haben und diese, wenn sie Bedenken gegen ihre rechtmäßige Kundmachung haben, vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten haben; bis zur Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof sind sie aber für jedermann verbindlich.

Der Verfassungsgerichtshof begründet diese Judikaturänderung auf das Wesentlichste zusammengefasst mit seinem Monopol zur Prüfung genereller Normen und weiters damit, dass im Hinblick auf die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz im Fall von Kundmachungsmängeln nunmehr regelmäßig die Problematik bestünde, dass die Verwaltungsbehörde von einer anderen Rechtslage als das im Rechtsschutzweg angerufene Verwaltungsgericht auszugehen hätte (eine Situation, die bis dahin außer im Bereich des Verwaltungsstrafrechtes nur in vergleichsweise eingeschränkten Rechtsgebieten gegeben war).

Im Einzelnen wird insbesondere auf die RN 47 ff. des angeführten Verfassungsgerichtshof-Erkenntnisses hingewiesen.

*Dr. Dieter Wolf*  
*Abteilung Verfassungsdienst*

## 38.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	-348.383	-445.035	-96.651	-27,74
Lohnsteuer	19.532.286	20.598.285	1.065.999	5,46
Kapitalertragsteuer	1.780.924	3.099.296	1.318.372	74,03
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.049.211	729.521	-319.690	-30,47
Körperschaftsteuer	-782.390	-77.019	705.370	90,16
Abgeltungssteuern Schweiz	-85	0	85	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	418	-232	-650	-155,54
Stiftungseingangssteuer	17.740	1.128	-16.612	-93,64
Bodenwertabgabe	16.767	30.926	14.159	84,44
Stabilitätsabgabe	133.093	-2.520	-135.613	-101,89
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>21.399.580</b>	<b>23.934.349</b>	<b>2.534.769</b>	<b>11,84</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	21.051.209	18.738.013	-2.313.196	-10,99
Abgabe von alkoholischen Getränken	11	0	-11	-100,00
Tabaksteuer	1.523.322	1.684.921	161.599	10,61
Biersteuer	155.718	282.439	126.721	81,38
Mineralölsteuer	3.358.936	5.260.120	1.901.184	56,60
Alkoholsteuer	91.657	112.765	21.108	23,03
Schaumweinsteuer	17.754	15.609	-2.146	-12,09
Kapitalverkehrsteuern	3.641	1.780	-1.861	-51,11
Werbeabgabe	355.539	96.291	-259.248	-72,92
Energieabgabe	679.003	697.096	18.092	2,66
Normverbrauchsabgabe	419.811	397.400	-22.411	-5,34
Flugabgabe	82.755	99.499	16.744	20,23
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	24.162	0	-24.162	-100,00
Grunderwerbsteuer	8.731.612	8.958.898	227.285	2,60
Versicherungssteuer	938.132	967.048	28.916	3,08
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.961.458	2.098.002	136.544	6,96
KFZ-Steuer	1.705	16.886	15.182	890,62
Konzessionsabgabe	144.136	172.973	28.837	20,01
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>39.540.563</b>	<b>39.599.741</b>	<b>59.178</b>	<b>0,15</b>
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-879.083			
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>38.661.480</b>	<b>39.599.741</b>	<b>938.261</b>	<b>2,43</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Summe</b>	<b>60.061.060</b>	<b>63.534.090</b>	<b>3.473.030</b>	<b>5,78</b>

## 39.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	20.855.892	23.275.171	2.419.279	11,60
Lohnsteuer	162.232.906	166.125.247	3.892.341	2,40
Kapitalertragsteuer	9.635.111	11.830.277	2.195.165	22,78
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	5.570.802	5.386.295	-184.506	-3,31
Körperschaftsteuer	38.566.509	47.968.311	9.401.802	24,38
Abgeltungssteuern Schweiz	14.905	1.961	-12.945	-86,85
Abgeltungssteuern Liechtenstein	369	-29	-398	-107,80
Erbschafts- und Schenkungssteuer	23.866	5.124	-18.742	-78,53
Stiftungseingangssteuer	200.158	102.223	-97.935	-48,93
Bodenwertabgabe	476.012	490.898	14.886	3,13
Stabilitätsabgabe	2.197.761	1.051.857	-1.145.904	-52,14
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>239.774.292</b>	<b>256.237.336</b>	<b>16.463.044</b>	<b>6,87</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	168.601.641	155.716.313	-12.885.328	-7,64
Abgabe von alkoholischen Getränken	139	0	-139	-100,00
Tabaksteuer	11.505.184	12.001.774	496.590	4,32
Biersteuer	1.170.914	1.348.650	177.736	15,18
Mineralölsteuer	26.753.959	30.085.909	3.331.950	12,45
Alkoholsteuer	933.661	999.995	66.334	7,10
Schaumweinsteuer	162.665	163.864	1.199	0,74
Kapitalverkehrssteuern	582.329	3.973	-578.357	-99,32
Werbeabgabe	2.666.751	781.882	-1.884.869	-70,68
Energieabgabe	6.585.933	6.911.318	325.385	4,94
Normverbrauchsabgabe	2.509.068	2.846.096	337.028	13,43
Flugabgabe	654.708	739.547	84.840	12,96
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	193.296	0	-193.296	-100,00
Grunderwerbsteuer	82.295.717	80.378.240	-1.917.477	-2,33
Versicherungssteuer	7.481.858	7.967.811	485.953	6,50
Motorbezogene Versicherungssteuer	13.030.783	13.933.776	902.993	6,93
KFZ-Steuer	254.820	384.595	129.774	50,93
Konzessionsabgabe	1.588.400	1.641.241	52.841	3,33
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>326.971.825</b>	<b>315.904.982</b>	<b>-11.066.842</b>	<b>-3,38</b>
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-7.032.667			
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>319.939.158</b>	<b>315.904.982</b>	<b>-4.034.176</b>	<b>-1,26</b>
Kunstförderungsbeitrag	85.865	90.164	4.299	5,01
<b>Summe</b>	<b>559.561.701</b>	<b>572.232.482</b>	<b>12.670.781</b>	<b>2,26</b>
Zwischenabrechnung	9.580.729	-9.684.057	-19.264.786	-201,08
<b>Gesamt</b>	<b>569.142.430</b>	<b>562.548.425</b>	<b>-6.594.005</b>	<b>-1,16</b>

<b>VERBRAUCHERPREISINDEX</b>		
<b>FÜR JUNI 2017</b>		
(vorläufiges Ergebnis)		
	<b>Mai 2017</b> <b>(endgültig)</b>	<b>Juni 2017</b> <b>(vorläufig)</b>
<b>Index der Verbraucherpreise 2015</b>		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	102,9	103,0
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	113,9	114,0
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	124,7	124,8
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	137,9	138,0
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	145,1	145,2
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	189,7	189,9
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	294,9	295,2
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	517,6	518,1
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	659,5	660,1
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	661,6	662,3
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Juni 2017 beträgt 103,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Mai 2017 um 0,1 % gestiegen (Mai 2017 gegenüber April 2017 + 0,1 %). Gegenüber Juni 2016 ergibt sich eine Steigerung um 1,9 % (Mai 2017/2016 + 1,9 %).</p>		

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**

**Amt der Tiroler Landesregierung,**

**Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck